Einzelpreis 10 Pfg.

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin sowie bei direktem Postbezug ohne Postzuschlag monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifband 4 M. Die „Freiheit" ist in der ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1918 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Abend-Ausgabe

Inserate kosten für siebengespalt. Kompar.-Zeile oder deren Raum 70 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Trauerangebotschlag 20 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den bevorstehenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9760.

Jahrgang 2 | Freitag, den 31. Januar 1919 | Nummer 55

Die Arbeiter und die Wirtschaftsnot.

Zum Produktionsrückgang.

Wir erhalten von einem Genossen im Auftrage der Eisenbahnerhauptwerkstätte Grunewald folgende Zuschrift:

„Bezugnehmend auf Ihren Artikel „Kohlennot" vom 28. 1. 19, Abendausgabe, möchte ich folgendes erklären. Ich bin Eisenbahner, und zwar Schlosser in der Hauptwerkstätte Grunewald. Hierselbst tut ein jeder seine Pflicht und Schuldigkeit, vom Arbeiter bis zum Beamten, was Sie ja in Ihrem Artikel schon betont haben. Wir könnten noch einmal soviel schaffen, wenn wir erstens mehr Werkzeuge hätten, zweitens wenn drei Schichten eingeführt würden; es liegen Genossen noch genug auf der Straße, die gerne arbeiten möchten, aber der Direktion wird das zu teuer, und drittens sind einige Leute soweit körperlich heruntergekommen durch den langen Krieg, daß sie nicht mehr imstande sind, ihre volle Arbeitskraft der Eisenbahn zur Verfügung zu stellen. Es sind in letzter Zeit viel Zeitungsartikel in der bürgerlichen Presse gegen uns Eisenbahner erschienen, die uns als Faulenzer hinstellten. Wir sind deshalb zu dem Herrn Regierungsbaumeister gegangen und haben uns darüber beschwert. Dieser erklärte uns, daß er nichts davon wüßte, und daß er uns rechtfertigen wollte in der bürgerlichen Presse. Das ist bisher noch nicht geschehen. Wir werden uns aber zu verteidigen wissen, um diesem Element Einhalt zu tun."

Diese Zuschrift schildert die Gründe sehr richtig, die den Rückgang in der Produktion zur Folge haben. Wenn die bürgerliche Presse ihm die Faulheit der Arbeit zur Last legt, so ist das eine der Verleumdungen der Arbeiter, an denen die Presse gegenwärtig so reich ist.

Warum haben wir keine Kohlen?

Ein Arbeiterrat schreibt uns aus Halle:

Vor den Toren unserer Stadt liegen die Braunkohlenfelder und Brikettfabriken. Trotzdem ist die Stadt ohne Kohlen.

Seit Monaten ist der Arbeiterrat bemüht, die Kohlengruben mit Arbeitern zu versorgen. Bis zum Ausbruch der Revolution verdiente ein Häuer pro Tag und Schicht 5 Mark, jetzt beträgt der Lohn 9–12 Mark.

Seit fünf Wochen streiten wir mit dem Magistrat von Halle um einen Zuschuß von 3 Mark pro Tag für die Hallescheen Arbeiter, damit diese Arbeit in den Gruben annehmen können. Geeignete Uebernachtungsräume für Arbeiter sind in den Bergwerksbetrieben nicht vorhanden. Den Arbeitern aus Halle müßte also die Möglichkeit gegeben werden, ihre Arbeitsstätte mit den dafür eingerichteten Arbeiterzügeln zu erreichen, wenn sie Arbeit in den Gruben annehmen sollen. Die 3 Mark Zuschuß waren als Entschädigung für die Hin- und Rückfahrt gedacht, die drei Stunden Zeit in Anspruch nimmt.

Der Magistrat wehrt sich gegen unseren Antrag auf Zahlung dieser Entschädigung mit der Ausrede, er wüßte nicht, aus welcher Kasse er diese 3 Mark zahlen soll. Formale bureaukratische Bedenken hindern uns also, eine größere Zahl von Arbeitern in die Kohlenbetriebe zu bringen. Und Stadt und Land bleiben ohne Kohlen!

Der geringe Lohn während des Krieges und die hohen Preise für Bekleidungsartikel haben es den Kohlenarbeitern unmöglich gemacht, ihre Kleidung zu ergänzen. In Lumpen gehüllt, mit mangelhaftem Schuhzeug versehen, geht der Bergmann seiner Arbeit nach. Schwere gesundheitliche Schädigungen sind die Folge.

Um den Bergleuten Hilfe zu schaffen, war ich heute bei verschiedenen Ministerien in Berlin, um sie zur Hergabe abgetragener Militärröcke und -stiefel an die Arbeiter der mitteldeutschen Braunkohlengruben zu veranlassen. Im Handelsministerium fand ich volles Verständnis hierfür, ich fürchte indes, daß die übrigen Behörden, die für die Beschaffung der Bekleidungsstücke zuständig sind, im Tempo der Erledigung Schritt halten mit dem Magistrat von Halle.

Das Demobilmachungsamt, bei dem ich um die Bewilligung der 3 Mark Entschädigung für die Bergarbeiter aus Staatsmitteln vorsprach, hat die wohlwollende Prüfung des Antrages zugesagt. Der Arbeiterrat von Halle soll sogar telegraphischen Bescheid bekommen, und zwar bis zum 29. Januar. Wir warten!

Kohlen bekommen wir damit aber immer noch nicht. Wir sehen auf der einen Seite drohenden Zusammenbruch durch Kohlenmangel, auf der anderen wohlwollende, bedächtige Prüfung, hier halbnackte Bergleute, dort Berge verschimmelnder Röcke und Stiefel in den Militärdepots. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Bedächtigkeit der Behörden in der deutschen sozialistischen Republik bleibt unerschütterlich.

Die Kohlenknappheit.

Die außerordentliche Kohlenknappheit im Osten Deutschlands veranlaßte die deutsche Waffenstillstandskommission an Admiral Browning folgende Depesche zu richten:

„Der vollkommene Zusammenbruch der Eisenbahntransportlage im Osten Deutschlands, der, abgesehen von der Abgabe des Lokomotiv- und Waggonmaterials, auf Betriebsschwierigkeiten, insbesondere auf die Absperrung von Bahnstrecken durch die Polen, zurückzuführen ist, macht es unmöglich, die Bevölkerung dieses Gebiets auch nur mit dem notwendigsten Bedarf an Hausbrandkohle zu versehen. Es sind deshalb bei der gerade in jener Gegend weit mehr als im übrigen Deutschland bestehenden Frostgefahr Unruhen schlimmster Art zu befürchten, die angesichts der militärischen Lage besonders verhängnisvoll wären. Abhilfe kann nur durch Kohlentransporte seewärts erfolgen. Als Abgangshäfen kommen die Städte Bremen, Emden und Stettin, als Bestimmungshäfen Danzig und Königsberg in Betracht. Es wird gebeten, für die hierfür in Frage kommenden Kohlentransportdampfer, die laufend angemeldet werden sollen, Geleitscheine zu erteilen.

Sofortige Entscheidung ist mit Rücksicht auf die drohende Gefahr dringend notwendig."

Vor einem Blutbad in Bremen?

Der „Arbeiter" Noske ist im Begriff wahrzumachen, was er neulich in großsprechiger Weise angekündigt hat: Sobald in Berlin Ruhe eingekehrt ist, werde ich in der Provinz Ordnung schaffen! Er hat sich zuerst nach Bremen gewandt.

Wie bereits gemeldet, sind in der dortigen Umgebung gestern früh Regierungstruppen eingetroffen. Es handelt sich um die Division Gerstenberg, die sich aus Angehörigen der Marinebrigade — Deckoffizieren und Kapitulanten, denen Herr Noske das Tragen von Rangabzeichen erlaubt hat, — und Angehörigen der Landes-Schützen-Brigade zusammensetzt. Die Division ist mit den schwersten Kampfmitteln ausgerüstet. Sie marschiert mit Flachbahngeschützen, Minenwerfern, Flammenwerfern, leichten und schweren Maschinengewehren und Bergen von Handgranaten gegen Bremen vor. Dem Kommandeur sind die weitgehendsten Vollmachten übertragen worden. Gestern abend befanden sich die Truppen bereits in Achim, dicht vor den Toren der Stadt.

Die Arbeiterschaft Bremens ist über das Truppenaufgebot äußerst erregt. Der Rat der Bremer Volksbeauftragten ist mit der Berliner Regierung sofort in Verbindung getreten, um über die Absichten der Division Erkundigungen einzuziehen. Das Auslaufen der Lebensmittelschiffe nach Amerika ist in keiner Weise gefährdet. In Bremen herrscht vollkommene Ruhe und Ordnung und es liegt keinerlei Anlaß zu einem gewaltsamen Einschreiten gegen die Bevölkerung vor. Anscheinend hat Herr Noske die Absicht, die Arbeiter zu entwaffnen und dafür, wie es in Berlin geschehen ist, die goldene Jugend mit Maschinengewehren und Handgranaten auszurüsten. Es besteht die Möglichkeit, daß sich die Arbeiterschaft diesem Vorgehen widersetzen wird.

Herrn Noskes „starke Hand" wird immer mehr zu einer schweren Gefahr für die bisherigen Errungenschaften der Revolution. Schon kündigt er einem Pressevertreter, der ihn über die Absichten des Truppeneinmarschs in Bremen befragt hat, an, mit „rücksichtsloser Entschlossenheit" durchzugreifen, wenn den Truppen in Bremen irgendwelcher Widerstand geleistet würde. Kommt es in Bremen zu blutigen Zusammenstößen, so steht schon jetzt fest, daß sie von Herrn Noske provoziert worden sind. Die revolutionären Arbeiter müssen gegen die Gewaltpolitik der „sozialistischen" Regierung aufs schärfste protestieren. Es darf nicht geschehen, daß das Regiment des Brudermordes auch noch auf die Provinz übergreift.

Arbeitszwang mit Hungerpeitsche

Die politische Vormacht des Bürgertums und aller ihm nahestehenden Kreise ist mit Hilfe der rechtssozialistischen Führer wieder aufgerichtet. Die Nationalversammlung hat eine bürgerliche Mehrheit, mit der die Rechtssozialisten paktieren wollen, die aber von der Förderung des Sozialismus nichts wissen will. Die Soldatenräte führen nur noch ein Schattendasein, die Arbeiterräte haben in den Betrieben selbständige Betätigung nur noch im engsten Umfange, und im übrigen üben sie nur eine sehr eng begrenzte Kontrolle aus. Aber selbst diese winzigen Befugnisse, mit denen die Arbeiter ihre Macht zu verankern suchen, sind all denen ein Dorn im Auge, die glauben, daß jetzt die Zeit gekommen ist, die Arbeiter auch wieder in die wirtschaftliche Abhängigkeit hineinzuzwingen, in der sie sich während des Krieges befunden haben.

Der Krieg hat das Wirtschaftsleben zerrüttet. Vierteinviertel Jahre äußersten wirtschaftlichen Raubbaues mit seinen Folgen des Mangels an Rohstoffen, der Abnutzung aller Produktionsmittel, der Unterernährung der Arbeiter, haben den Zusammenbruch des Wirtschaftslebens unvermeidlich gemacht. Jetzt kann die drohende Gefahr des dauernden wirtschaftlichen Niedergangs nur noch durch Hebung der Wirtschaftskräfte und Förderung des Sozialismus abgewendet werden.

Aber in der Förderung des Sozialismus sieht das Bürgertum eine große Gefahr. Der kapitalistische Profit ist bedroht. Mit dem Aufgebot aller Kräfte suchen deshalb die Kapitalisten alles zu verhindern, was den Sozialismus fördern könnte. Von ihnen gehen deshalb viele der Schwierigkeiten aus, die gegenwärtig die Erzeugung hemmen. Der Präsident des Deutschen Handelstages hat in einer Eingabe an den Rat der Volksbeauftragten ausdrücklich darauf verwiesen, daß die drohende Sozialisierung den Unternehmern den Anreiz zur Produktion nehme. So mußte auch der „Vorwärts" vor einigen Tagen mitteilen, daß ihm eine Reihe von Briefen von Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten zugegangen sind, die sich übereinstimmend gegen die Auffassung wenden, daß die Produktionsverminderung in den Eisenbahnwerkstätten auf Arbeitsunlust zurückzuführen sei, sondern daß die Betriebsleitung schuld an den mangelhaften Leistungen ist.

Ferner bringt der „Vorwärts" daraufhin eine Zuschrift von dem Arbeiterrat eines großen Werkzeugbetriebes. „Es wird uns von Mitgliedern dieses Arbeiterrates auf das bestimmteste versichert, daß der Betrieb in der Lage sei, das fehlende Werkzeug für die Eisenbahnwerkstätten herzustellen, daß aber alle Aufträge annulliert werden! Das habe zur Folge, daß die Arbeiterschaft dieses Betriebes in allernächster Zeit selbst der Arbeitslosigkeit preisgegeben werde."

Die Unternehmer, die viereinviertel Jahre getreulich alle Schritte der Kriegspolitik mitgemacht haben, die uns den wirtschaftlichen Zusammenbruch gebracht haben, wollen unter allen Umständen die Vorstellung erwecken, daß eine sozialistische Regierung zur Hebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht imstande ist und sie verantwortlich machen für den Zusammenbruch des Wirtschaftslebens. Zu diesem Zweck hat in der letzten Zeit unter voller Ausnutzung aller durch das kapitalistische Pressewesen gegebenen Möglichkeiten ein wüster Pressefeldzug eingesetzt, der sich gegen die wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiterklasse richtet, im besonderen aber eine ungeheure Hetze gegen die Arbeitslosen entfaltet hat.

In der Landwirtschaft werden zur ordnungsmäßigen Bestellung der Felder etwa eine Million Arbeiter benötigt. Ebenso gebraucht der Bergbau zur Hebung der Förderung der Kohlenerzeugung einige Hunderttausend. Während also in diesen beiden Produktionszweigen der Bedarf an Arbeitskräften sehr groß ist, wächst die Zahl der Arbeitslosen, ohne daß es bisher gelungen ist, die nötigen Arbeitskräfte in die Landwirtschaft oder den Bergbau zu bringen.

Deshalb beschimpft die bürgerliche Presse die Arbeitslosen insgesamt als „Arbeitsscheue", die sich, angereizt und bestärkt durch die Gewährung der Arbeitslosen-

Verfassung der Arbeitsleistung entziehen wollen. Sie fordert deshalb nicht nur Herabsetzung der angeblich zu hohen Arbeitslosenunterstützung, sondern völligen Entzug der Unterstützung in allen Fällen, in denen nachgewiesene Arbeit nicht angenommen wird. Der Sozialismus erkennt die Arbeitspflicht aller Menschen an, macht sie sogar zur Voraussetzung seiner Arbeit, und die Arbeiter sind die allerletzten, die das Nichtstun mit einer Belohnung lohnen wollen. Aber bei den Arbeitslosen, die sich jetzt in den großen Städten zusammenballen, handelt es sich zum allergrößten Teil nicht um Arbeitsscheue, die sich ihrer Pflicht zur Arbeit entziehen wollen. Der Krieg und der wirtschaftliche Zusammenbruch als seine Folge, haben eine Verschiebung des Bedarfs an Arbeitskräften hervorgerufen, die sich auch durch den besten Arbeitsnachweis nicht in kurzer Zeit beseitigen läßt.

Die Industrie in den großen Industriezentren, die vor dem Kriege Hunderttausende von Arbeitern beschäftigte, liegt jetzt still, dafür gebraucht die Landwirtschaft, die früher mit den lohndrückenden Wanderarbeitern aus Osteuropa arbeitete, viele Arbeitskräfte. An Stelle qualifizierter Arbeiter werden nicht qualifizierte gebraucht. Die Massen der in den Industrieorten wohnenden Arbeiter sind vielfach aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen an den Ort ihrer Niederlassung gebunden. Wer wird für ihre Familie sorgen, wenn sie selbst zu den jetzt üblichen Löhnen in der Landwirtschaft Beschäftigung nehmen? Sie haben dann wohl Unterhalt für sich selbst, nicht aber für ihre Familien, die bei den immer weiter steigenden Preisen für alle Lebensbedürfnisse der Not und dem Elend preisgegeben sind. Ausgemergelte, an Unterernährung leidende Arbeiter, denen es an festem Schuhwerk und wetterfester Kleidung fehlt, sind auch nicht imstande, die schwere Landarbeit ohne gesundheitliche Schädigung zu leisten. Aehnlich steht es mit der Anweisung von Arbeitern zum Bergbau. Hier können überhaupt nur qualifizierte Arbeiter gebraucht werden. Es ist nicht Arbeitsscheu, was viele Arbeitslose an den Ort ihres Aufenthaltes bindet, sondern die Bindung durch wirtschaftliche Umstände sowie die Tatsache, daß die Aufnahme der Arbeit auf dem Lande und im Bergbau sie in schwere Schädigungen bringt.

Anstatt nun die Ursachen dieses Verbleibens der Arbeiter in den Großstädten und die Nichtabwanderung aufs Land und in den Bergbau zu beseitigen, will man auch in dieser Frage den brutalen Zwang anwenden. Angetrieben durch die aufgepeitschte bürgerliche Presse und durch die reaktionären Gewalten, die jetzt all überall kühn ihr Haupt erheben, plant die Regierung „radikale Maßnahmen" gegen die Arbeitslosen, wie die offiziösen Politisch Parlamentarischen Nachrichten mitteilen. Ueber den Entzug der Arbeitslosenunterstützung bei Nichtannahme von nachgewiesener Arbeit hinausgehend, will man für gewisse Gruppen von Arbeitern den Arbeitszwang einführen und sie ferner mit Entziehung der Lebensmittelkarten bestrafen, falls sie die Arbeit nicht annehmen. Wie ungeheuerlich diese Maßnahme in der gegenwärtigen Zeit ist, wo die Lebensmittelkarten für den arbeitenden Menschen den Schutz vor dem Hungertode bedeuten, erhellt die Tatsache, daß sich gegen diesen Vorschlag selbst in den Kreisen der Regierung Bedenken geltend machen.

Die Notwendigkeit der Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und der Erzeugung von Kohle wird von den Arbeitern anerkannt. Sie unterstützen deshalb alle Bestrebungen, die bei Wahrung ihrer Interessen diesem Zwecke dienen. Aber die Arbeiterinteressen sind gegenwärtig bedroht, wo die Hetze des Bürgertums gegen alle Ansprüche der Arbeiter auf Sicherung ihrer Lebenshaltung mehr Anklang findet, als während des Belagerungszustandes.

So ist es denn nicht verwunderlich, daß der Entwurf der Verordnung über den Arbeitszwang in der Landwirtschaft, den das Demobilmachungsamt ausgearbeitet hat, den Arbeitszwang festlegt ohne den Versuch gemacht zu haben, durch entsprechende Gestaltung der ländlichen Arbeitsverhältnisse die freiwillige Abwanderung aufs Land zu fördern. Der Entwurf sieht keine Regelung vor für den Fall, daß verheiratete Arbeiter sich von ihren Familien trennen und doppelten Haushalt führen müssen, was sogar während des Krieges der Fall war. Er regelt weder die Frage der Unterkunft der Arbeiter, noch die über Entlohnung. Er will sogar die Entscheidung über die Annahme der Arbeit einer Kommission übertragen, in der der Gewerkschaftsvertreter stets in der Minderheit ist. Gewalt ist auch auf diesem Gebiet die Losung. Wer die Arbeit nicht annimmt, die ihm zugewiesen wird, soll nicht nur mit Entziehung der Arbeitslosenunterstützung bestraft werden, sondern auch mit — Entziehung der Lebensmittelkarten! Der Arbeiter soll hungern, bis er mürbe wird und sich als willenloses Werkzeug der Agrarier gebrauchen läßt.

Die Arbeitslosen wollen arbeiten, aber sie wollen sich nicht ausbeuten lassen und nicht die Errungenschaften ihrer langjährigen Gewerkschaftsarbeit preisgeben. Das liegt auch durchaus im Interesse der Allgemeinheit. Die Landwirtschaft gebraucht wie jede andere Berufsarbeit geeignete Arbeitskräfte. Diese kann sie nicht durch den Arbeitszwang erhalten, der günstigenfalls Arbeitskräfte aufs Land schaffen kann, womit aber nicht gesagt ist, daß dadurch auch die Produktion gehoben wird.

Der Vorschlag der Entziehung der Lebensmittelkarten ist ungeheuerlich. Er trifft nur die Arbeitslosen, die besitzlos sind, während die Besitzenden sich durch den Schleichhandel ausreichend versorgen würden. Damit ist das Wesen dieses Vorschlages genügend gekennzeichnet. Der Vorschlag bedeutet aber auch eine schwere Schädigung der Allgemeinheit. Die dauernde Unterernährung hat die Leistungsfähigkeit der Arbeiter gewaltig vermindert. Nach dem Urteil der ärztlichen Autoritäten zieht jedes weitere Sinken der Ernährung die allerschwersten Gefahren nach sich. Da die Hebung der Arbeitskraft des Volkes im Interesse der Allgemeinheit liegt, und die Entziehung der ohnedies ungenügenden Ernährung eine Verminderung bedeutet, so ist auch vom Standpunkt der Allgemeinheit gegen die geplante Maßnahme das allerschärfste Bedenken zu erheben.

Die Entziehung der Lebensmittelkarten ist deshalb ein völlig ungeeignetes Mittel, die Erzeugung zu heben, sie vermehrt nur die Schwierigkeiten, in denen sich das deutsche Wirtschaftsleben befindet. Man hat nicht einmal daran gedacht, daß die Entziehung der Lebensmittelkarten z. B. bei Verheirateten bedeutet, daß deren Angehörigen eine noch geringere Menge von Lebensmitteln zur Verfügung stehen würde als jetzt. Wer aber kann es verantworten, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen eine neue, schwere gesundheitliche Schädigung der Frauen und Kinder eintritt? Liegt das etwa im Allgemeininteresse?

Nein, ein Interesse an dem Arbeitszwang und dem Schwingen der Hungerpeitsche haben nur die Reaktionäre, die sehnsüchtig auf den Augenblick warten, wo ihnen die hungernden Arbeitslosen durch Raub und Plünderung Gelegenheit zum gewaltsamen Eingreifen geben würden. Das Ziel dieser Leute formulierte vor einigen Tagen eine der berüchtigten Vorortszeitungen Berlins: „Die einzige Rettung liegt nur in der Losung: Zur Wehr und Waffen die Einen — zur Arbeit die Andern." Deutlicher braucht wohl das Ziel nicht ausgesprochen zu werden.

Der Zentralrat gegen die Streiks.

An die Eisenbahnarbeiter und Betriebsbeamten im Reiche wendet sich der Zentralrat mit folgender Kundgebung:

Der Zentralrat hat davon Kenntnis erhalten, daß in einigen Gegenden des Reiches Forderungen gestellt werden, die eine geregelte Durchführung des Eisenbahnverkehrs gefährden. So wichtig im einzelnen manche der gestellten Forderungen sein mögen, so ist es doch jetzt die einzige Aufgabe der Arbeiter, Angestellten und Beamten, den Verkehr und die Wiederherstellung des Eisenbahnmaterials restlos sicherzustellen.

Vom geregelten Eisenbahnverkehr ist die Volksernährung abhängig, die Versorgung der Betriebe mit Kohlen und damit die einzige Möglichkeit der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern; ferner ist von dem geregelten Eisenbahnverkehr abhängig die Beleuchtung und Heizung der Wohnungen, wodurch der Erkrankung und der Verseuchung des Volkes Einhalt getan werden kann.

Der Zentralrat hat die Verpflichtung, auf alle diese für das Volk schwerwiegenden Folgen des ungeregelten Eisenbahnbetriebes hinzuweisen. Die Zeit ist zu ernst, um durch wilde Streiks das Volk in unabsehbare Schwierigkeiten zu bringen. Vor allen Dingen darf unter keinen Umständen eine sofortige Erfüllung von Forderungen ohne Verhandlungen durch Streiks verlangt werden, denn die Demokratie setzt voraus, daß über alle Forderungen nach jeder Seite hin gerecht geurteilt wird. Berechtigten Wünschen muß natürlich entgegengekommen werden, aber nicht ohne vorherige Beratung.

Die Ziele der Revolution können nur erreicht werden, wenn alle arbeitsfähigen Menschen ihre Arbeitskraft restlos in den Dienst der gemeinsamen Einrichtungen stellen. Das gilt insbesondere von den Eisenbahnarbeitern, Angestellten und Beamten. Wir fordern deshalb alle auf, durch verstärkte Tätigkeit dem Wohle des Volkes zu dienen und alle Forderungen auf dem geordneten Wege durch die Organisation oder die im Betriebe geschaffenen Einrichtungen der Arbeiter-Ausschüsse, Arbeiter-Räte usw. den Verwaltungsbehörden zur Kenntnis zu bringen. Nur durch Organisation und Einfügen eines jeden Einzelnen in das große Ganze kann das Werk vollendet werden, das im November 1918 begonnen hat.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik
gez. Leinert. Cohen.

Gegen den Offizier!

Der Soldatenrat der Garnison Cottbus erläßt in der Lokalpresse folgenden Aufruf:

Kameraden!

Vorsicht! Augen auf!

Mit Geld und schönen Worten wird zum Eintritt in freiwillige Regimenter gebuhlt. Bedenkt, was dort Euer Los ist.

Ihr werdet in neuen Krieg oder zum Kampf gegen die eigenen Kameraden und Brüder geführt. Wenn Ihr dort eintretet, stellt Ihr Euch unter die alte Kommandogewalt mit seiner verhaßten Disziplin. Dort herrschen überall die alten Offiziere. Deren Gesinnungen und Bestrebungen kennt Ihr.

Ihr werdet mißbraucht werden!

Vorsicht! Augen auf!

Laßt Euch nicht einfangen!

Der Soldatenrat der Garnison Kottbus.

Der Arbeiterrat hat sich diesem Aufruf angeschlossen und verbietet die Anwerbung von Freiwilligen, da erwiesen ist, daß die Truppenteile dazu dienen sollen, den alten Militarismus wieder aufzurichten und dem deutschen Volke die Früchte der Revolution zu entreißen. Die Cottbuser Garnison, die fest auf dem Boden der revolutionären Errungenschaften steht, hat sich bereits den Zorn des „Arbeiters" Noske zugezogen, weil sie sich seinerzeit weigerte, Truppen nach Berlin zu schicken, um hier im Interesse der Bourgeoisie die Arbeiter niederzuschießen. Ihre tapfere Haltung verdient Nachahmung. Wenn alle Truppenteile die gleiche Energie an den Tag legen, wird sich Herr Noske bald den Kopf einstoßen.

Der Putsch in Wilhelmshaven.

Nach den letzten Meldungen zu schließen, ist der kommunistische Putsch in Wilhelmshaven durch das Zusammenwirken aller Elemente, die sich gegen dieses völlig sinnlose, politisch verwerfliche Unternehmen zusammengetan haben, niedergeschlagen worden. Wie sich die Dinge abgespielt haben, läßt sich von hier aus noch nicht übersehen, da wir von dem Putsch der Berufssoldaten her wissen, daß die Berichterstattung über Wilhelmshaven völlig unzulänglich und entstellend ist. Trotzdem geht selbst aus den bürgerlichen Meldungen mit genügender Deutlichkeit hervor, daß die Unabhängigen, der 1er Rat und unser Genosse, Präsident Kuhnt, sowie die gesamte unabhängige Arbeiterschaft an ihm völlig unbeteiligt war. In Wilhelmshaven spielen die Kommunisten keine große Rolle und die Unabhängigen haben sich wiederholt in ihren Versammlungen und in ihrer Presse entschieden sowohl gegen die Scheidemänner wie gegen die spartakistische Theorie und Praxis ausgesprochen. Infolgedessen war gerade in Wilhelmshaven nichts zu erwarten und der Putsch konnte nur durch den Zuzug recht zweifelhafter Elemente aus Bremen entstehen. Der Lehrer Jörn, der Führer der Bewegung, hat

Des Menschen Stimme.

Von Karl Felner.

Ein Rechtfertigungsversuch für das allgemeine Wahlrecht käme heute ebenso zu spät, wie eine Beweisführung im Mai, daß es Frühling geworden ist. Forderungen, die wie Dornröschen im deutschen Winterschlaf gelegen haben, sprangen über Nacht zu einem Blütenmeere auf, beinahe ohne sichtbares Grünen und Knospen vorher; denn der Rauhreif des Zwanges lag bis zum letzten Augenblicke des politischen Winters über der deutschen Menschheit. Nun steht sie plötzlich mitten im wunderbaren Garten, von dem sie geträumt, und zwar recht lebhaft geträumt: hatte; durch dessen Gitter sie die anderen Völker sich längst tummeln sah. Das Frühlingsgewitter, das jetzt durch ihre Herzen stürmt, braust über den Wundergarten hinweg, schüttelt die Kronen seiner Riesenblütensträuße. Das Erlebnis berauscht die Menschheit, sie ergibt sich dem Wunder wie nackte, tanzende Kinder: ohne Bedenken, ganz Gefühl. Sie weiß nichts mehr vom gestrigen Woher, braucht kein Wohin im Augenblick — nur sein, sein! . . .

Dasselbe Jugendbrausen im Herzen, aber ernste, bange Gedanken hinter den Stirnen, stehen einige, die sich auf der ewigen Brücke zwischen dem Gestern und dem Morgen wissen. Und wie die Hand unwillkürlich rückwärts zur Stütze tastet angesichts des Erschütternden, auf ihn Eindringenden, greift der eine und andere zurück auf Gedanken und Worte, die Zeitvorläufer und ältere Zeitgenossen aus eigenem Erlebnis gewonnen haben, als sie vom Menschheitsfrühling träumten, um sich Wunsch und Willen und Denken zu festigen.

Einer unserer besten Zeitgenossen, der französisch-belgische Dichter Maurice Maeterlinck, hat in seinem Buche „Der doppelte Garten"*) einige Gedanken niedergelegt, die ihm beim Betrachten der großen Bewegungskurve des Völkerlebens ankamen. Ich ziehe eine der wichtigsten heraus aus dem Abschnitte „Das allgemeine Stimmrecht". Die Schlaglichter, die aus der lebendigen Gegenwart (das Buch erschien um 1900) darauf fallen, sind zu stark, als daß wir an ihnen achtlos vorübergehen dürften.

— „Unter dem Zwange des mächtigen Zeitgesetzes, das uns zum Äußersten drängt, zerstört man fast überall die Zwischenstufen, um sobald wie möglich das anscheinend höchste politische Ideal der Völker zu erreichen: das allgemeine Stimmrecht." —

Das Zerstören der Zwischenstufen: darum dreht sich fast heute der Kampf der lebendigen, nach aufwärts drängenden Menschheitsschichten. Denn es handelt sich nur um das Tempo, in dem das Ziel erreicht werden soll. Ueber das Ziel selbst ist die Menschheit sich einig. Nicht um das Stimmrecht geht es: das ist die restlos erfüllte Voraussetzung; sondern um den erdenbreiten Weg zur Freiheit und Glückseligkeit. Auf ihm geht der Wettlauf nach dem Ziel. Die einen überhasten sich, zerstören die „Zwischenstufen" oder wollen sie einfach überspringen; die anderen zögern; ein sehr stattlicher Teil, der Menschheit zur Ehre, geht im festen Tritt. Nur eine mißgünstige Minderheit ewig Gestriger will zurückhalten, wird überflutet . . .

— „Dieses Ideal verdeckt noch völlig das bessere Ideal, das sich wahrscheinlich hinter ihm verbirgt, und erscheint noch nicht als das, was es vielleicht ist: nämlich eine provisorische Lösung. Es wird so lange, bis alle in ihm enthaltenen Illusionen erschöpft sind, die Blicke der Menschheit und ihre Wünsche auf sich lenken. Es ist das notwendige gute oder böse Ziel, dem die Völker entgegengehen. Es ist unerläßlich für den Gerechtigkeitsinstinkt der Masse, daß diese Entwickelung sich vollzieht. Wie jedes allgemeine und gebieterische Ideal, das sich in den namenlosen Tiefen des Lebens bildet, hat es zuerst das Recht, sich zu verwirklichen . . . Die Völker haben das Recht, vorläufig alles zurückzuweisen, was vielleicht besser ist, als das allgemeine Stimmrecht. Es ist möglich, daß die Masse mit der Zeit einsieht, daß die Intelligentesten das allgemeine Wohl besser erkennen als die anderen und besser regieren. Sie wird ihnen alsdann ein rechtmäßiges Uebergewicht verleihen. Augenblicklich denkt sie noch nicht daran, sich selbst zu erkennen und erschöpfende Versuche anzustellen, die absurd erscheinen mögen, aber doch notwendig sind, weil sie die Stätte freilegen, wo sich wahrscheinlich die letzten Wahrheiten verbergen . . . Die Irrtümer der Gegenwart bilden den Schatz der Zukunft." —

Wir haben heute, da wir eben daran gehen, eine jener Lösungen zu versuchen, nicht Zeit, uns in den Gedanken zu vertiefen, daß es überhaupt keine endgültigen, sondern nur provisorische Lösungen gibt. Hamletische Gedankenblässe wäre der Vorschatten unseres Todes. Wir haben zu handeln! Und wir sehen uns heute in der Kinderstube der sich verjüngenden Menschheit; müssen tiefer handeln als auf den Lärm der, der natürlich entstehen mußte, als die große Kinderschar ihre Hüter, die sie vor den Abgrund geführt hatten, davonjagte. Es ist etwas Rührendes, den ersten Gehversuchen der jungen Freiheit zuzusehen. Gelegentlich ist diese Göttin grausam, indem sie vernichtet, wie jene Knaben, die Flieger koppen. „Ein russischer Gutsbesitzer, der vor einiger Zeit aus Rußland nach Deutschland gekommen war, erzählt, daß Bauern in sein Haus eindrangen: jeder eignete sich ein Stück Hausrat an. Ein großes Bild gefiel ihnen mitsammen, und sie zerschnitten es einfach in viele Teile, damit jeder ein Stück abbekäme. Schließlich warfen sie alles fort, wie die Kinder die zerbrochene Puppe . . . Barbarismus, Ungeistigkeit sagen die einen, und sie haben recht. Die große Kinderstube die böse und gut, nützlich und schädlich nicht kennt, sagen die anderen; und sie haben ebenso recht. Aber wir wollen aus der Kinderstube heraus, müssen ihre Unarten abstreifen, denn wir haben uns selbst für mündig erklärt! Oder sollen jene verhärteten Greise recht behalten, die mit Hebbels ewig-altem Tischlermeister der „Maria Magdalena" sagen: „Ich verstehe die Welt nicht mehr?" Wir müssen wissen, was wir wollen, und zeigen es mit dem, was wir tun!

— „Die Weisheitslehren, die zugleich Glückslehren sind, durchdringen nur dann den Menschen, nähren nur dann sein Denken, werden nur dann zu wohltätigen Wirklichkeiten, wenn das Leben sie ihm als neue, herrliche Wahrheiten offenbart . . . In diesen Problemen, in denen alle Lebensrätsel zusammenfinden, behält die Menge fast immer recht gegen den Weisen . . . Sie weigert sich, ihm aufs Wort zu glauben. Sie fühlt dunkel heraus, daß hinter den augenscheinlichen abstrakten Wahrheiten lebendige Wahrheiten stehen . . . Sie verlangt vor allem, daß man es auf die Probe ankommen lasse. Können wir sagen, daß sie dort, wo sie dies erreichte, unrecht hatte, es zu verlangen? . . . Wenn durch das allgemeine Stimmrecht auch weiter nichts erreicht ist, als jenes Gefühl wahrer Gleichheit, wie in Frankreich und Amerika, das man dort einatmet wie eine menschlichere freiere Atmosphäre, so wäre dies bereits eine Wohltat, die seine schlimmsten Irrtümer vergeblich machte; und jedenfalls ist es die beste Vorbereitung auf das, was kommen muß." —

Das, was kommen muß. Es ist da! Und wir sind viel weiter als beim Verlangen nach dem Gefühle, eine freiere Atmosphäre einzuatmen. Nicht Freiheitssuggestion kann uns noch etwas sein, sondern freieste Wirklichkeit.

„— Die Linie der politischen Entwicklung der modernen Völker

*) Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena (deutsch von Eppeln-Bronikowski).

bereits in Bremen der revolutionären Sache durch seine Handlungen in höchstem Maße geschadet und man kann nur energisch betonen, daß der größte Teil der Arbeiterschaft nichts mit ihm zu tun hat und nichts zu tun haben will.

Trotzdem versuchen die bürgerlichen Blätter, die Schuld uns in die Schuhe zu schieben. Die Notiz der „Vossischen Zeitung" vom 29. abends ist völlig unwahr und es besteht nicht der geringste Grund mit der Tante Voß und ihrer Verwandschaft zu bezweifeln, ob Kuhnt etwas von der Sache gewußt hat oder nicht. Wir stellen fest, daß Kuhnt und die Unabhängigen sich in zahllosen Reden gegen jede Gewalt ausgesprochen haben, daß sie vor der Nationalversammlung durch weitgehende Maßnahmen die gesamte Bevölkerung entwaffnet haben und in keiner Weise für den Zuzug der Herrschaften aus Bremen verantwortlich gemacht werden können. Auch mit der Konstituierung der *Republik Nordwestdeutschlands* hat die U. S. P. in Wilhelmshaven *nichts zu tun*. Ihr Organ „Die Tat" hat sich *gegen* die Gründung kleiner sozialistischer Republiken ausgesprochen. Jeder Versuch, die Oeffentlichkeit gegen die Unabhängigen aufzuputschen, ist nichts als konterrevolutionäre Mache. Die geforderte *Untersuchung* fürchten wir nicht, wir *wünschen* sie sogar.

Wie ich verhaftet wurde.

Von Georg Ledebour.

Ueber meine Verhaftung wurden von verschiedenen Seiten Mitteilungen veröffentlicht, die durch etliche Unrichtigkeiten falsche Eindrücke hervorrufen und zu irrigen Schlußfolgerungen Anlaß gegeben haben. Ich halte es deshalb für notwendig, zur Richtigstellung eine Darstellung des Vorganges selbst und gewisser Begleitumstände zu geben, muß mich aber, da meine Haft andauert, auf die Anführung von Tatsachen beschränken.

Notwendig ist es, vor allem festzustellen, daß ich zur Zeit meiner Verhaftung an Verhandlungen mit der Regierung zur Herbeiführung eines Ausgleichs beteiligt war. Diese Ausgleichsverhandlungen waren zunächst am Montag, 6. Januar abends, durch den früheren Volksbeauftragten Dittmann als Vermittler eingeleitet worden. Ich selbst hatte ein Eingehen darauf in einer Sitzung der revolutionären Obleute befürwortet und war von ihnen in eine siebengliedrige Verhandlungskommission hineingewählt worden. Unsere Verhandlungen zogen sich bis Mittwoch, 8. Januar, hin, scheiterten aber zunächst an dem Widerspruch der Regierung, sich auf *sachliche* Auseinandersetzungen überhaupt einzulassen, ehe nicht das Vorwärtsgebäude geräumt sei.

Am Donnerstag, 9. Januar, wurde die Wiederaufnahme der Verhandlungen angeregt durch eine aus Mitgliedern aller drei sozialistischen Parteien zusammengesetzte Volksversammlung im Humboldthain. Auch dieser Anregung wurde auf meine dringende Empfehlung hin Folge gegeben und die nämliche Kommission, der auch ich angehörte, mit der Führung der Verhandlungen wiederum betraut.

Die neuen Verhandlungen begannen am Freitag, 10. Januar, unter Leitung des Vollzugsrats. Zur Vertretung der Regierung war mit unbeschränkter Vollmacht der Zentralrat der Republik beauftragt. Erschienen waren auch Abgesandte der Spandauer Arbeiter, die in demselben Sinne wie die Versammlung im Humboldthain sich für einen friedlichen Ausgleich eingesetzt hatten. Abgebrochen wurden die Verhandlungen gegen unsern Widerspruch auf Antrag des Mitgliedes des Zentralrats Hermann Müller, angeblich um noch den Ausgang einer zweiten Versammlung im Humboldthain abzuwarten. Die anfangs bis 1 Uhr, dann bis 8 Uhr vertagte Sitzung wurde aber den ganzen Tag nicht wieder aufgenommen, da der Zentralrat beständig durch den Empfang von Arbeiterdeputationen in Anspruch genommen sei. Wir warteten bis 10½ Uhr abends im Abgeordnetenhaus und erhielten dann die Nachricht, daß der Zentralrat sich entfernt habe, aber am folgenden Morgen, Sonnabend, 11. Januar, vormittags 9½ Uhr, zur Fortführung der Verhandlungen erscheinen wolle. Später habe ich dann erfahren, daß in dieser Nacht die endgültigen militärischen Vorbereitungen zum Sturm auf das Vorwärtsgebäude getroffen wurden.

Um Mitternacht nach Hause gekommen, legte ich mich sofort zu Bett, wurde aber schon um 1 Uhr von meiner Frau geweckt mit der Mitteilung, es seien drei Soldaten erschienen, die mich zu sprechen verlangten. Ich zog mich notdürftig an und richtete an die auf dem Korridor wartenden Soldaten die Frage, was sie wünschten. Von dem Befehlführenden, wie sich später herausstellte, einem Leutnant, erhielt ich die Antwort, Herr Dr. *Ernst Meyer* erwartete mich in seiner Wohnung zu einer Besprechung; sie wollten mich dorthin begleiten. Da ich mit Meyer gar nicht im persönlichen Verkehr stand, konnte das nur eine Finte sein. Ich lehnte das Ansinnen also ab mit dem Bemerken, wenn Herr Dr. Meyer mich sprechen wolle, könne er zu mir kommen.

Der Leutnant ließ nun die Maske fallen und forderte mich brüsk auf, mitzukommen. Auf meine Frage nach seiner Legitimation zeigte er einen gewöhnlichen Passierschein vor, der obendrein offenbar auf eine andere Person ausgestellt war. Einen Haftbefehl hatte er nicht. Auf meine Frage, in wessen Auftrag er komme, erklärte er: „*Im Namen der Regierung*." Eine bestimmte Person als Auftraggeber zu nennen, weigerte er sich. Auf meine Frage, mit welchem Recht er mich überhaupt fortführen wolle, erklärte der Leutnant: „Mit dem Recht des Stärkeren." Als ich mich weigerte, mitzugehen, kommandierte er: „Anfassen!" Ein Soldat trat vor, packte mich mit der linken Hand am Arm und hielt mir mit der Rechten den Revolver vor. Ich erklärte nunmehr, da es sinnlos sein würde, mich einer Anzahl schwer bewaffneter Soldaten zu widersetzen, daß ich ihnen folgen würde. Der Leutnant wollte mich halb angezogen, ohne Stiefel die Treppe herabführen lassen. Es bedurfte erst sehr energischer Vorhaltungen auch meiner Frau, daß man mir Zeit ließ, mich völlig anzukleiden.

Vor dem Hause hielt ein Auto. Es stellte sich heraus, daß etwa ein Dutzend Bewaffneter aufgeboten waren. Meiner Frau verweigerte man die Mitfahrt. Einige Straßen weiter hielt das Auto, um den Genossen Dr. Ernst Meyer aufzunehmen, der mittlerweile gleichfalls verhaftet und auf die Straße gebracht worden war.

Auf dem Wege von Steglitz in die Stadt wurden wir wohl ein Dutzendmal von Sperrkommandos angehalten. Der Weg ging nach der Kommandantur. Wir mußten im Auto auf dem Hofe warten, wurden nach einiger Zeit in eine Haftzelle eingesperrt, dann wieder ins Auto gebracht, nach einem anderen Gehöft übergeführt und mußten wieder endlos warten. So verging etwa eine Stunde, bis schließlich auf unser entschiedenes Verlangen, wir dem Kommandanten vorgeführt wurden. Der Kommandant, Herr *Klabunde*, empfing uns sehr höflich und erklärte zu unserm Erstaunen, er habe die *Verhaftung nicht veranlaßt und kenne überhaupt den Leutnant und die Soldaten, die uns verhaftet hatten, gar nicht.*

Unsere wiederholte dringende Aufforderung an den *Leutnant*, seinen Namen zu nennen, lehnte er ab mit der Begründung: „*Ich muß mich sichern.*"

Herr Klabunde forderte schließlich den Leutnant und seine Begleiter auf, das Zimmer zu verlassen. Er gab dann zu, uns nicht in Haft behalten zu können. Da es mittlerweile etwa 3 Uhr geworden war, riet er uns indes, dort zu bleiben, erklärte sich aber auf unser Verlangen doch bereit, uns in dem Auto, das uns gebracht hatte, wieder nach Hause befördern zu lassen. Er beorderte fünf Mann von der Sicherheitsmannschaft zu unserer Begleitung. (Die Soldaten, die uns verhaftet hatten, gehörten offenbar einer anderen Formation an.) Als wir in das Auto eingestiegen waren, erschienen indes statt der 5 nur 2 Mann, die mit uns im Wagen Platz nahmen. Sie erkundigten sich, ob sie bei der Rückfahrt auch sicher sein würden. Wir beruhigten sie. Der Chauffeur ließ das Auto nach rückwärts anziehen. Plötzlich hörten wir vor dem Portal laute Stimmen. Die Türen wurden aufgerissen. Ein Offizier kommandierte: „Aussteigen! Ich gebe meine Leute dazu nicht her!" Wie der Wind sprangen die beiden Soldaten wieder heraus. Die Tür wurde zugeschlagen. Uns wurde zugerufen: „So, nun fahren Sie!"

Die Situation war völlig klar. Wäre der Chauffeur auch wirklich losgefahren, wir wären sicher von einem der nächsten Sperrkommandos wieder festgenommen und — günstigstenfalls — anderswohin verschleppt worden. Wir erklärten deshalb: „Nein, wir bleiben jetzt bis zum Tageslicht hier!"

Herr Klabunde geleitete uns wieder auf sein Zimmer, wo er uns bereitwilligst ein Sofa und einen Lehnsessel zur Verfügung stellte.

Ich war auf dem Sofa gerade eingenickt, als ich durch den Zuruf aufgeweckt wurde: „Bitte, meine Herren, kommen Sie mit!" Das Zimmer war wieder mit Soldaten angefüllt. Auf meine erstaunte Frage, was denn los sei, wiederholte der Kommandierende seine Aufforderung. Meine Antwort, er habe hier gar nichts zu befehlen, sondern nur der Stadtkommandant, Herr Klabunde, wurde erwidert: „Jawohl, ich bin der Oberbefehlshaber." Beim Nähertreten erkannte ich den Leutnant *Fischer*, den bisherigen Stadtkommandanten, der jetzt also zu einem höheren Posten avanciert war. Auf meine Frage, was er denn mit uns vorhabe, sagte er großartig: „*Wir diskutieren hier nicht, wir handeln.*"

Wir wurden nunmehr, von Soldaten umringt — auch die uns hergebracht hatten, waren wieder dabei —, die Treppe hinunter- und auf die Straße geführt; dann bog der Zug in ein anderes Gehöft ein. Als wir zwischen den Gebäuden einhergingen, sagte der voraufgehende „Oberbefehlshaber" Fischer: „Sie folgen mir. *Bei Fluchtversuch erfolgt sofort die Kugel.*"

Das war an sich eine völlig überflüssige Warnung, denn es wäre ja geradezu irrsinnig gewesen, wenn wir, mehrere Soldaten mit schießbereiten Gewehren und Revolvern hinter uns, einen Fluchtversuch hätten machen wollen. Wohl aber mußte jene Drohung eine suggestive Wirkung ausüben. Sie löste denn auch prompt bei den Soldaten den Ruf aus: „Die Kerle müßte man eigentlich gleich totschießen!", welche Ankündigung dann mit stärkeren Schimpfworten gespickt verschiedentlich variiert wurde.

Von den jungen Leuten im feldgrauen Rock, die solche haßerfüllte Drohungen ausstießen, hatte sicher kein einziger auch nur die blasseste Ahnung von den Kämpfen, die ich Jahre lang in ihrem eigensten Interesse gegen ihre Unterdrücker durchgeführt habe. Sie brachten nur kritiklos zum Ausdruck, was ihnen die Handlungen der Konterrevolution eingetrichtert hatte.

Wir wurden schließlich in ein düsteres Hinterhaus geführt, wo wir, eine Stiege hoch, in einem einfenstrigen Mannschaftszimmer einquartiert wurden. Es befanden sich dort zwei eiserne Bettstellen mit Strohsäcken und Wolldecken, von denen je eine aus zerfetzten Soldatenmänteln zusammengeflickt war. Kopfkissen fehlten. Da ich nun einmal nicht mit dem Kopf nach unten hängend, schlafen kann, nahm ich mir aus einem Winkel des Zimmers eine alte Pappschachtel mit Patronentaschen darin zum Kopfkissen. In diesem düstern Zimmer, wo fast den ganzen Tag Licht gebrannt werden mußte, haben wir 4 Tage lang gehaust. An die Luft kamen wir nur, wenn wir ein schwieriges Bedürfnis zu verrichten hatten. Dann begleitete uns der Wachtposten vor unserer Tür mit schußbereitem Gewehr über einen holprigen Hof nach einem stallartigen Seitenflügel, wo in einem dunkeln Verschlage zwei Wasserklosets für die Mannschaften eingebaut waren. Die Gesamteinrichtungen der Baulichkeiten entsprachen etwa denen eines Hinterhauses in einer älteren Mietskaserne Berlins. Unserer Gesundheit war der Aufenthalt gerade nicht förderlich. Wir litten schließlich beide stark an Kopfschmerzen.

Ich würde dennoch solche Einzelheiten hier nicht erwähnen, wenn nicht durch eine offiziöse Preßnotiz im „Vorwärts" damit geprahlt wäre, Meyer und ich wären „*in einem der Königlichen Schlösser*" untergebracht. Da das schmuddelige Hintergebäude, in dem wir hausten, zu dem Palais des ehemaligen Kronprinzen gehört haben soll, ist die zitierte Redewendung zwar *buchstabenrichtig* und war doch eine *faustdicke Lüge*, da sie den Glauben erwecken mußte und erwecken sollte, daß wir den Komfort genössen, den die frühern Besitzer des Schlosses sich leisten konnten. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch die Bemerkung, unsere Verpflegung sei „glänzend". Auch das war eine starke Uebertreibung. Doch liegt es mir durchaus fern, über die Verpflegung zu klagen. Es war gute und ausreichende Mannschaftskost. Da unsere Frauen, denen man anfangs jede Auskunft über unser Schicksal verweigert hatten, schließlich die Genehmigung erhielten, uns zu besuchen und allerhand Zubußen zu bringen, konnten wir ganz gut auskommen. Auch das Verhalten der Soldaten, mit denen wir zu tun hatten, war durchweg entgegenkommend. Dem Depotführer besonders will ich es gern öffentlich bestätigen, daß er uns durchweg gefällig gewesen ist, soweit das in seiner Macht stand.

Am Sonntag, 12. Januar, trug uns Herr Fischer den Wunsch vor, wir möchten, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, doch darauf hinwirken, daß nicht unsere Verhaftung zum Anlaß von Angriffsversuchen genommen werden möchte. Da die möglichste Vermeidung von Blutvergießen durchaus meinen Bemühungen entsprach und ich vor allem nicht wünschte, daß meiner eigenen Person wegen auch nur ein Tropfen Blut vergossen würde, habe ich jener Anregung dadurch Rechnung getragen, daß ich meine Frau brieflich ersuchte, meinen Freunden mitzuteilen, ich wünschte nicht, daß meiner Verhaftung wegen die Feindseligkeiten irgendwie verlängert oder verschärft würden. In gleichem Sinne hat auch Genosse *Meyer* an seine Frau geschrieben.

Ich kann aber nicht umhin, mein Bedauern auszusprechen, daß die Regierung und ihre Gehilfen die nämliche Rücksicht auf Vermeidung von Blutvergießen für sich nicht haben gelten lassen. Denn als ich nach der Einlieferung in das „Königliche Schloß" Herrn Fischer gegenüber sehr energisch geltend machte, ich müßte unbedingt — es war 4 Uhr morgens — in ein paar Stunden freikommen, um als Mitglied der Verständigungskommission an den Ausgleichsverhandlungen um ½10 Uhr teilnehmen zu können, wurde mir von einem Offizier zugerufen: „*Die Soldaten wünschen nicht, daß Sie Ausgleichsverhandlungen führen!*"

Daß „die Soldaten" aus eigenem Nachdenken zu einer solchen Schlußfolgerung gekommen sind, bezweifle ich. Wohl aber kann ich mir lebhaft vorstellen, daß mein erfolgreiches Eintreten für die Matrosen am 24. Dezember, das zu einem befriedigenden Ausgleich zwischen ihnen und der Regierung führte, den immer noch unbekannten Drahtziehern des Verhaftungsputsches vom 11. Januar den Gedanken eingegeben hat, mich an neuen Ausgleichsbemühungen mit Gewalt zu hindern.

Wir wurden denn auch bis zum 15. Januar in strengem Militärgewahrsam gehalten und dann erst in Untersuchungshaft überführt, wobei die Regierung vorsorglich mir Gelegenheit gegeben hat, drei Gefängnisse kennen zu lernen. Mit der Untersuchungshaft beginnt aber ein neuer Abschnitt, über den ich mich hier nicht weiter aussprechen kann.

Die Internationale Konferenz.

Arbeiterschutz. — Plenarsitzung Montag.

Bern, 30. Januar.

Der Sitzung, die von sehr zahlreichen der anwesenden Delegierten zur internationalen *sozialistischen Konferenz* heute vormittag unter dem Vorsitz *Brantings* abgehalten wurde, wohnten an sonstigen bekannten Persönlichkeiten der bayerische Ministerpräsident *Eisner*, der englische Delegierte Bondfield, die norwegischen Delegierten Schaffler und Trannher, die dänischen Delegierten Börgbjerg und Lina Bang, Marina für Estland, Janson von der deutschen Generalkommission der Gewerkschaften und *Jäckel* von den Unabhängigen Sozialisten bei. Die Erörterung drehte sich hauptsächlich um die programmatische Erklärung, die zur *Arbeiterschutzfrage* angenommen werden soll. Es wurde allgemein festgestellt, daß darin volles Einvernehmen zwischen der internationalen sozialistischen Konferenz herrschen soll, und beschlossen, ein Redaktionskomitee zu ernennen von Vertretern der verschiedenen Staaten, welches der Konferenz den Text vorlegen soll, der sich zwar auf den in Leeds und Bern seinerzeit von den Gewerkschaftskonferenzen angenommenen Text stützen soll, aber auch die seinerzeit in verschiedenen Ländern eingetretenen Ereignisse zu berücksichtigen haben wird.

Am Schluß der Sitzung teilte *Huysmans* mit, daß die erste *Plenarsitzung* der Konferenz am Montag morgen im großen Saal des Berner Volkshauses stattfindet.

*

Die englische Regierung schlägt der Pariser Friedenskonferenz vor, der internationalen Arbeitskommission die Schaffung einer Organisation nahezulegen, in der auch die *Arbeitervertreten* sein werden. Diese Organisation würde Informationen zu sammeln haben, um die *Prinzipien der internationalen Arbeit* festzusetzen, die dann im Einvernehmen mit der Organisation den Regierungen zur Erwägung vorgeschlagen werden würde.

Politische Nachrichten.

Die Soldatenräte des 19. Armeekorps gegen den Ostschutz. Die Soldatenräte sämtlicher Garnisonen des 19. Armeekorps haben den Beschluß gefaßt, daß das *Anwerben von Freiwilligen für den Osten nicht mehr stattfinden* solle. Das sächsische Kriegsministerium tritt diesem Beschluß mit der Verfügung entgegen, daß die Werbetätigkeit für den Osten sofort wieder aufzunehmen ist. Die Soldatenräte hätten „ihre Zuständigkeit überschritten".

ist überall gleichmäßig und unbeugsam. Eines nach dem anderen dieser Völker entrinnt der Tyrannis. Eine mehr oder minder aristokratische oder plutokratische Regierung, mit beschränktem Stimmrecht erwählt, tritt an die Stelle des absoluten Herrschers, und diese Regierungsform wird ihrerseits wieder fast überall überwunden von der Herrschaft aller durch das allgemeine Stimmrecht. Wohin wird uns dieses führen? Zur Tyrannis zurück? Oder wird es sich in ein Klassenwahlsystem umwandeln? In eine Art von Mandarinentum, in die Herrschaft einer Elite oder in den organisierten Anarchismus? Wir wissen es noch nicht, denn bis heute ist kein Volk über die Phase des allgemeinen Stimmrechtes hinausgekommen." —

Nirgends andershin führt unser Weg als zur Herrschaft des *arbeitenden Volkes*, zu einer scheinbaren Klassenherrschaft. Denn diese Klasse wird sich erweitern im menschlichen Bewußtsein zur Gesamtheit der arbeitenden Menschheit in geistiger Gemeinsamkeit. Vermutlich wird diese jetzt einsetzende Wandlung bei jedem Volke in einer anderen Form sich vollziehen. Wir standen höher als unsere östlichen Nachbarn, stehen heute weit über unseren westlichen, die einige Zeit und bis zum Kriege manches vor uns voraus hatten, — und inzwischen scheinen uns die östlichen Nachbarn wieder überflügelt zu haben, aber sich in ihrem Fluge noch nicht fassen zu können. Wir werden ihnen zu nützen vermögen, wenn wir an ihnen gelernt haben, nicht über die Gesamtheit der Völker hinwegzustürmen, sondern sie zu gewinnen, indem wir sie zu den Gesetzen wahrer Freiheit und Menschenwürde aller erziehen. Die Schule aber ist keine Exekution! Und die westlichen Nachbarn werden zu ihrem eigenen Heile einsehen, daß sie uns in dem großen Erziehungswerke nicht mutwillig stören dürfen damit, daß sie als harte Sieger im alten, überlebten, von diesem Kriege totgeschlagenen Sinne sich aufspielen.

Das allgemeine Stimmrecht gab uns die Stimme des Menschenrechtes. Aber wo sind die *großen starken Geister*, denen sie zugehört? Wo die Männer, in denen *der Geist neben der Seele* wohnt? Heraus mit ihnen! Sie haben alle menschlich berechtigten Stimmen für sich!

Kunstkalender.

Arnold Hardt spricht *Sonnabend* im Meistersaal *Rilke*: [illegible] Periode) einige aus dem Manuskript: M. L. Brigge, [illegible]buch, Cornet und *Dienstag* in der Berliner Sezession *Heine*: Zeitgedichte, Deutschland, Romanzero, Hebräische Melodien, Letzte Gedichte.

„Mona Lisa" im Opernhaus.

„Mona Lisa" unter den Linden — zum, ich weiß nicht wievielten Male seit drei Jahren. Warum? Vielleicht darum: als nicht lange vor dem Kriege Leonardos Bildnis der Mona Lisa auf rätselhafte Weise aus dem Pariser Louvre verschwunden war und bald darauf in den Händen eines halbdunklen Handelsmannes in Rom wiedergefunden wurde, defilierte das ganze römische Volk vor dem Kunstwerke; eine Nationalfeier im heiter-ernsten Geiste der Renaissance. In Deutschland machten daraufhin Beatrice Dovsky und Max Schillings eine pseudovenezianische Oper um das berühmte Lächeln der schönen Gioconda: eine aktuelle Sensation für bildungsbeflissene Italienreisende. Da sie das dann bald darauf nicht mehr sein durften und noch immer nicht sein dürfen, gingen und gehen sie unter die Linden; obgleich die kurze Reise dorthin heute mindestens so beschwerlich ist als zu ihrer Zeit eine italienische Reise. So entstand komponierter Bädeker oder Opernkommentar zu dem rätselhaften Lächeln: ein Oeldruck in moderner Technik und darum herum ein teurer Rahmen im Geschmacke der Bilderkäufer von der Passage. Ein Stück Erbe aus jener Zeit, da einer auch noch etwas anderes sein mußte als Künstler, zum Beispiel irgendwo Hofkapellmeister, wenn er . . . Jene Zeit ist nicht mehr, aber will doch nicht mehr sein. Aber wo bleiben die, die sonst nichts als Künstler sind? Zum Beispiel Hans Pfitzner? / . . Gioconda lächelt unenträtselt weiter. — Im Opernhause hat man noch die alten glänzenden Mittel, und den alten Geist dazu. Den reichen Perlen- und Mona-Lisa-Besitzer Francesco Giocondo gab zum ersten Male *Cornelis Bronsgeest*. Schade, diesen eminenten Sänger just dazu zu gebrauchen. Alexander Kirchner (Giovanni de Salviati) und Barbara Kemp (Mona Fiordalisa) sind gutes Inventar von damals her.

K. F.

Auszeichnung Steffansons.

Die amerikanische National Geographical Society hat Hubbards goldene Medaille dem *Polarforscher Wilhjamar Steffanson* verliehen, dessen arktische Entdeckungsreisen der letzten fünf Jahre ermöglicht haben, ein Gebiet von etwa 100 000 englischen Quadratmeilen bisher unbekannter Polargegenden auf der westlichen Halbkugel kartographisch festzulegen. Hierdurch hat er eine Forschungsarbeit ausgeführt, die an Umfang alles weit übersteigt, was in vielen Jahren geleistet worden ist. Die *Hubbart-Medaille* ist die höchste Auszeichnung, die die Gesellschaft verleihen kann.

Der süddadische Warenverkehr ist durch die französische Besetzung von Kehl stark gefährdet worden. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat Schritte unternommen, um die Benutzung des Kehler Kohlenhafens und den Warenaustausch zwischen Kehl und dem badischen Hinterland auch fernerhin zu sichern.

Die Lebensmittellieferung. Zur Führung der weiteren Verhandlungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist in Berlin eine Kommission gebildet worden, an der neben Vertretern beteiligter Reichsbehörden, Finanz- und kaufmännischen Sachverständigen auch zwei Vertreter der ärztlichen Wissenschaft teilnehmen sollen. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa hat die Ententevertreter gebeten, bei der Zusammensetzung der Gegenkommission gleichfalls eine Beteiligung von Gelehrten oder Aerzten zu erreichen.

Gewerkschaftliches.

Zur Einstellung und Entlassung der Angestellten.

In der vom Demobilmachungsamt erlassenen Verordnung über die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer ist für die betr. Angestellten die Bestimmung enthalten, daß sie sich binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung bei ihrem früheren Arbeitgeber zu melden haben. Ebenso ist für die nachträgliche Aufhebung bereits erfolgter Kündigungen dieselbe Frist zur Stellung eines entsprechenden Antrages beim Arbeitgeber vorgesehen. Da nun die Verordnung das Datum vom 24. Januar trägt und erst einige Tage später den weiteren Kreisen der Angestellten bekanntgeworden ist, so bleibt für die große Mehrzahl der Angestellten knapp eine Woche, um die erforderlichen Anträge auf Wiedereinstellung bezw. auf Aufhebung erfolgter Kündigungen stellen zu können. Wie uns die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände mitteilt, ist diese Frist viel zu knapp bemessen, um den Tausenden von Angestellten, zu deren Schutz die Verordnung bestimmt war, wirklich auch zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Arbeitsgemeinschaft hat deshalb beim Demobilmachungsamt den dringenden Antrag gestellt, **die Meldefrist zu den §§ 2 und 8 der Verordnung um weitere 14 Tage zu verlängern.**

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin, hielt am Mittwoch im Lehrervereinshaus seine Generalversammlung ab. Zufolge eines Geschäftsordnungsantrages wurden die Punkte: Anträge um Abschluß eines Tarifvertrages und die Reorganisation der Verwaltung an erster Stelle behandelt. Der Kollege Münter legte die Gründe dar, die den Vorstand bewogen hatten, einen Tarifvertrag von einjähriger Dauer den Kollegen zu empfehlen und gab den hauptsächlichsten Inhalt des aufgestellten Tarifvertrages bekannt. Er bezieht sich auf Lohnforderungen, in denen die gewährte Kriegs- und Teuerungszulage in den Grundlohn eingerechnet worden sind, und zwar auf Grundsätze eines sozialen Arbeiterrechts. Die unvermeidliche Staffelung der Löhne nach der Qualität der Arbeit ist für Männer in 7, bei Frauen in 8 Gruppen vorgesehen. Die Zuteilung jeder einzelnen Arbeiterkategorie in die bestimmte Lohnklasse wird durch eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Betriebsleitung, des Arbeiterausschusses und der Arbeiter vorgenommen. Trotz der von zwei Diskussionsrednern an dem Tarifvertrag geübten Kritik, die den Zeitpunkt des Abschlusses bemängelt und die ausreichende Betonung der Arbeiterräte zu vermissen glaubt, wird der Vorschlag des Vorstandes, den Vertrag den in Frage kommenden Stellen zu unterbreiten, mit überwältigender Mehrheit angenommen. — Eine Reorganisation der Verwaltung macht sich wegen der gewaltig gestiegenen Mitgliederzahl notwendig (von zirka 6000 auf 24 000 Mitglieder). Deswegen empfiehlt der Vorstand die Erweiterung des Vorstandes auf 15 Personen, von denen 11 aus den Reihen der Mitglieder zu wählen sind. Zum erweiterten Vorstand sollen in Zukunft von den größeren Betrieben nicht auf je 200 sondern auf je 400 Mitglieder ein weiterer Vertreter entsandt werden. Die Generalversammlung soll künftig aus Delegierten bestehen, von denen auf je 50 Mitglieder ein Delegierter entfällt. Der Erweiterung des Personals um 4 Personen wird, wie den erwähnten Anträgen, ebenfalls ohne wesentliche Einwände zugestimmt. Der Vorstand hat mit seinen Angestellten wegen gegen ihn geübter, jedes zulässige Maß aber überschreitender Kritik die Vertrauensfrage gestellt. Die Versammlung spricht ihm einstimmig das Vertrauen aus. Es werden daraufhin gewählt: Koll. Münter (1. Vorsitzender), Koll. Hoffmann (Kassierer), Bolenske (2. Vorsitzender), Paul Schulz (Schriftführer), ebenso en bloc die Vorschlagsliste der Vertrauensleute. Die Zahl der Revisoren wird von 3 auf 5 erhöht; die seither vertretungsweise beschäftigten Angestellten definitiv gewählt. Nach Erstattung des Kassenberichts wird auf Vorschlag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus dem Geschäftsbericht ist noch besonders hervorzuheben, daß der Magistrat Berlin sich bereit erklärt hat, denjenigen Betrieben, die seit Januar noch keine Lohnerhöhung erhalten haben, sofort eine einstweilige Zulage von 20 Pfennigen pro Stunde von Januar ab zu zahlen und die Differenz nach Abschluß des Tarifvertrages auszugleichen. Die Erhöhung der Gehälter für die Angestellten um vorläufig 15 Prozent findet die Billigung der Versammlung.

Groß-Berlin.

Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in Berlin.

Die bürgerlichen Parteien, die bisher in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Mehrheit bildeten, rechnen heute schon damit, daß ihre Zeit mit der Neuwahl auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts abgelaufen ist. Die bürgerliche Presse rechnet aus, daß nach der Neuwahl ⅔ der Stadtverordneten Sozialdemokraten sein werden, so daß etwa 96 Sozialdemokraten von 144 Stadtverordneten die Sitze im Rathause einnehmen. Die bürgerlichen Parteien werden alles aufbieten, um herauszuholen, was herauszuholen ist.

Es ist selbstverständlich, daß auch der Magistrat eine andere Zusammensetzung erfahren muß. Heute hat der Magistrat die Exekutive und eine starke sozialistische Mehrheit würde bei der heutigen Zusammensetzung des Magistrats mit ihm in ständigen Konflikt kommen. Vor allem ist daran zu denken, die vielen unbesoldeten Stadträte durch andere zu ersetzen. Heute bildet der unbesoldete Stadtrat ein Monopol für das große Portemonnaie und ein Privileg für den Besitz. In Zukunft muß der unbesoldete Stadtrat eine Aufwandsentschädigung erhalten, wenn man nicht dazu übergehen will, alle Stadträte voll zu besolden. Aber so wie heute kann die Magistratsverfassung nicht bleiben. Unter allen Umständen muß der Umwälzung in der Stadtverordnetenversammlung eine solche im Magistrat auf dem Fuße folgen.

Soll die Vorausberechnung der bürgerlichen Presse sich erfüllen, so dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen. Ohne Arbeit kein Preis!

Die Aufhebung von Hamsterlagern.

Der Berliner Magistrat teilt mit:

„In letzter Zeit haben mehrfach Durchsuchungen von Privathaushaltungen nach Lebensmittelvorräten stattgefunden, ohne daß die Bevölkerung die Berechtigung hierzu nachzuprüfen in der Lage gewesen wäre. Derartige Maßnahmen stehen nicht nur berechtigten Interessen der Bevölkerung, sondern auch dem planmäßigen behördlichen Vorgehen zur wirksamen Erfassung der Lebensmittel entgegen. Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat daher in Verfolg eines Erlasses des Herrn Staatssekretärs des Reichsernährungsamts mit dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates und mit dem Kriegswucheramt eine Verständigung dahin getroffen, daß alle Mitteilungen über Ansammlung übermäßig Lebensmittelvorräte in Privathänden in dem Lebensmittelverband abgegeben und durch seine Revisoren nachgeprüft werden. Natürlich kann es sich nur um nicht-anonyme Anzeigen handeln. Die Revisoren werden besondere Ausweise führen, die sowohl vom Lebensmittelverband Groß-Berlin als vom Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats gestempelt und unterzeichnet sind. Die Ausweise werden auf Wasserzeichenpapier der Brotkarten hergestellt werden. Die Bevölkerung ist also in der Lage, nachzuprüfen, ob der Revisor legitimiert ist, und alle Personen, die nicht im Besitz des ordnungsmäßigen Ausweises sind, zurückzuweisen.

Den bisherigen Rüstungsbetrieben, den Kühl- und Lagerhäusern, Gastwirtschaften, Hotels usw. hat der Lebensmittelverband eine besondere Pflicht zur Anzeige der Lebensmittelvorräte auferlegt.“

Wir sind zwar gleichfalls der Ansicht, daß nicht jede beliebige Person zu einer Exekutive berechtigt ist, sondern daß dies hierzu legitimierten Personen überlassen werden muß. Andererseits verlangen wir aber mit allem Nachdruck, daß die Aufhebung von Hamsterlagern etwas energischer betrieben wird als bisher.

Der Einheitstisch für das Personal in städtischen Heil-, Erziehungs- und Pflegeanstalten.

In den städtischen Heil- und Pflegeanstalten bestanden bisher verschiedene Tischformen. Dienst- und Wartepersonal erhielten andern Tisch wie Schwestern, Oberschwestern, Apotheker und Assistenzärzte. Mit dem ersten Tisch ist schon immer sehr viel Unfug getrieben worden; es wurde viel Geld verschwendet. Das soll nun anders werden, indem für alle nur eine Tischform eingeführt wird. Dadurch wird vor allem eine Verbesserung des Tisches für das Warte- und Pflegepersonal erreicht und auch die Schwestern, Oberschwestern und Assistenzärzte haben ein Interesse daran, daß der Einheitstisch angemessen ist. Manche Klagen werden damit verschwinden. Allerdings wirksam erst dann, wenn Lebensmittel mehr zu haben sein werden.

Gegen die Einschnürung des Straßenhandels.

In einer öffentlichen Versammlung, einberufen vom Deutschen Händlerverband, nahmen die Berliner Straßenhändler Stellung zur vom Polizeipräsidium erlassenen Verfügung.

Der Referent Slotko besprach an der Hand von reichhaltigem Material die allmähliche Einschnürung des Straßenhandels vor und während des Krieges. Nach dem Kriege resp. nach dem 9. November hatte es den Anschein, als ob der Handel wirklich ein freierer werden sollte. Die im alten Polizeistil gehaltene Verfügung muß die Händler jedoch eines anderen belehren. Es soll zugegeben werden, daß zur Zeit Auswüchse im Straßenhandel bestehen, als solcher ist hauptsächlich das Glücksspiel anzusehen, aber es geht nicht an, daß eine nach Tausenden zählende Berufsgruppe existenzlos gemacht werden soll, wenn unsaubere Elemente in der Weinmeisterstraße ihr Unwesen treiben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen.

„Die am 29. Januar in den Sophiensälen (Großer Saal) tagende öffentliche Händlerversammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen zwischen dem Berliner Polizeipräsidenten und der Deputation des Deutschen Händlerverbandes.

Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste die jeweiligen Auswüchse im Straßenhandel — wozu auch der von Kindern betriebene Handel gehört —, da diese geeignet sind, den Straßenhandel herabzuwürdigen. Als ganz besonders verwerflich betrachten die Anwesenden das Glückspiel auf offener Straße.

Trotzdem erblickt die Versammlung in der Verfügung des Polizeipräsidenten vom 24. d. M. eine ganz besondere Härte, weil hernach jeder, auch mit Ausweis und Gewerbeschein versehene, Händler festgenommen werden kann. Hiergegen protestiert die Versammlung auf das entschiedenste und erwartet, daß der Polizeipräsident Mittel und Wege finden wird, die Auswüchse im Straßenhandel zu beseitigen, ohne jedoch den schlecht und recht um seine Existenz ringenden Straßenhändler zu schädigen.

Den Deutschen Händlerverband erkennt die Versammlung als Vertreter ihrer Interessenfragen an und erklärt, denselben durch Mitgliedschaft zu unterstützen.

Den verhetzenden Artikel in der „Berliner Morgenpost“ weisen die Anwesenden als gemeine Unterstellung zurück.“

Die Beerdigung des Genossen Franz Mehring dürfte am Dienstag vormittag erfolgen. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Eine Brücke soll im Zuge der Dunckerstraße erbaut werden. Schon lange war das Bedürfnis vorhanden, die Straße über die Bahn zu überführen, damit die Straße endlich eine zusammenhängende wird. Es war beschwerlich und erforderte Umwege, von der Dunckerstraße hüben nach der Dunckerstraße drüben zu gelangen, zumal immer mehr Schulen gebaut wurden, nach denen die Kinder bequem gelangen können. Die Ausführung des Brückenprojektes wurde immer hinausgeschoben, weil die dort wohnenden Grund- und Hausbesitzer zu einem Beitrag herangezogen werden sollten, da sie einen erheblichen Vorteil haben. Aber die Grundbesitzer waren sehr hartleibig. Schließlich sollte nur eine Fußgängerbrücke gebaut werden. Dagegen wendeten sich unsere Genossen und erreichten, daß doch eine Fahrbrücke errichtet werden soll, auch dann, wenn die Heranziehung der Grundbesitzer zu den Kosten keinen nennenswerten Erfolg hat. Schließlich muß doch dem Verkehrsbedürfnis entsprochen werden. Das soll nun geschehen. Die Stadtverordneten haben zugestimmt.

Der Verkauf der „Freiheit“ auf Bahnhöfen wird verschiedentlich inhibiert. Am Mittwoch früh wurde ein Parteigenosse, der in den Räumen des Schlesischen Bahnhofs die „Freiheit“ feilbot, von einer Wache der republikanischen Soldatenwehr mit Gewalt entfernt und nach der Wache gebracht. Hier teilte man ihm mit, es gäbe keinen Eichbaum mehr und es dürfe kein Handel getrieben werden. Tatsächlich wird aber in den Räumen, Vorraum und Warteraum, unbehindert das „Tageblatt“ feilgehalten; auch der „Vorwärts“ bleibt unbehelligt. Der neue Hinweis auf die Einschränkung des wilden Handels bezieht sich doch nur allgemein auf den verkehrsstörenden Handel. Anscheinend wird die Verordnung allzu engherzig von übereifrigen und schlecht zu sprechenden Wachmannschaften aufgefaßt. Ob wir Abhilfe erwarten können? Die Willkür soll, wie es scheint, mehr wie früher maßgebend sein.

Lebensmittelkalender.

Nicht 7, sondern 5 Pfund Kartoffeln. Die Kartoffelversorgungsstelle des Magistrats teilt mit, daß die Kartoffelverbrauchsmenge für die Woche vom 3. bis 9. Februar 1919 nicht, wie irrtümlich an den Säulenanschlägen angegeben ist, auf 7 Pfund, sondern auf 5 Pfund festgesetzt ist.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 95 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin 250 Gramm Kunsthonig zum Preise von 39 Pfennig. Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen bis einschließlich 6. Februar.

Aus den Organisationen.

Parteibureau Neukölln. U. S. P. D. Die für Sonntag nachmittag 4 Uhr angesetzte Sitzung der Bezirksführer und des Vorstandes findet nicht statt.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Zensur

Alle Aufsätze, Besprechungen, Komödien usw., die während des Krieges dem Ziegelbrenner von der Zensur gestrichen wurden.

Für Politiker, Publizisten u. Redner ein wertvolles Beweisstück für das „Walten“ der militärischen Zensur.

Preis: M. 3,60

Ziegelbrenner Verlag, München 23, B 4

Arbeiter! Funktionäre!

Das solange von Euch entbehrte Organ der Arbeiter- und Betriebsräte Deutschlands erscheint endlich.

„Der Arbeiterrat“

soll Euer Sprachrohr und Eure Informationsquelle sein.

„Der Arbeiterrat“ erscheint wöchentlich und ist zum Preise von 50 Pf. (monatlich Mk. 2.—, vierteljährlich Mk. 6.—) im Straßenhandel, durch die Post und in jeder Buchhandlung erhältlich.

„Der Arbeiterrat“
Wochenschrift der Arbeiterräte Deutschlands.

Achtung! Lichtenberg!
Die Spedition Engel befindet sich jetzt
Holteistraße 23, Ecke Alt-Boxhagen.

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden
jeder Art bei Männern und Frauen spez. veraltete (chronische) Harnleiden und Ausflüsse, nervöse Schwäche usw., Ehrlich-Hata-Kuren. Blutuntersuchung. Licht- und Finsen-Behandlung. Quecksilber-Entziehungs-Kuren. Eigenes Kur-Bad für elektrische und medizinische Bäder. Ohne Berufsstörung. Getrennte Räume für Damen und Herren.
Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser. Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 9–1, 4–8, Sonntags 9–1.

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden jeder Art
bei Männern und Frauen, Harnröhrenausflüsse, Syphilis, Mundausbrüche, Flechten, Beinleiden, Manneschwäche, Nieren-, Blasenleiden usw. nach
Primararzt Dr. Hermanns erfolgreichem, giftlos. Heilverfahren
möglichst schnell, schmerzlos, ohne Operation u. Berufsstörung. Auch Anwendung der wissenschaftl. anerkannt. u. glänz. bewährten künstl. Höhensonne. Auf Wunsch Sanabo-Behandlung
Dir. Hermanns Elsasserstr. 42, I (4 Min. v. Stett. Bahnhof.) Ecke Friedrichstraße. Sprechst. 10–12 u. 3–7 Uhr. Sonnt. v. 10–11 Uhr.

Kleine Anzeigen

Mädchen. 20 Jahr, für Bureau sucht Lehmann, Liebigstr. 10.

Reizende Schlafzimmer, Küche, Ankleideschrank, Versch. einz., Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verk. alt Teitz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verbeten.

Botenfrauen sucht Spedition Thorzeiler, Abalbert Straße 4.

Achtung! Parteigenossen!
Möbel, ganze Wohnungs-Einrichtungen, auch einzelne Stücke, gibt billigst ab **Bredow,** Tischlermeister, Zehdenicker Straße 24.

Achtung!
Spediteure! Straßenhändler!
Uebriggebliebene Exemplare der „Freiheit“ Nr. 11 und 34 werden zurückgenommen.
Verlag der „Freiheit“, Schiffbauerdamm 19 IV.

Botenfrauen werden sofort eing. b. St. Marie Döring, Berlin W, Steinmetzstr. 48, v. part.

Botenfrauen sucht Spedition **Paul,** Grüner Weg 18.

6 Botenfrauen verlangt Spedition Hennig, Lottumstr. 14.

Botenfrauen sucht **Schulz, Friedenau,** Rheinstraße 51.

Botenfrauen verlangt **Blänkle,** Boppstrasse 1.

Zeitungs-Austrägerinnen werden eingestellt in der Expedition der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, 4 Treppen.

Botenfrauen sucht **Lehmann, Liebigstr. 10,** auch für **Stralau.**

Botenfrauen für die Freiheit stellt ein **Spedition Tempelhof** Barlsch, Friedrich-Wilhelm-Str. 80, Hof part.

Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr, Sonnabends bis 2 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben sein.